



© Sebastian Christoph Gollnow/dpa

Zeichen gegen Antisemitismus in Berlin

Neue Ausstellung dokumentiert Pogrome gegen Juden

Eine Ausstellung im Abgeordnetenhaus zeigt Beispiele von Antisemitismus und Pogromen in verschiedenen Ländern. Eine Universität hat sie zuvor abgelehnt.

25.02.2025, 18:43 Uhr

Das Berliner Abgeordnetenhaus will mit einer neuen Ausstellung ein Zeichen gegen Antisemitismus setzen. Sie trägt den Titel „The Vicious Circle“ (Der Teufelskreis) und dokumentiert das Schicksal von jüdischen Gemeinden in Europa und im Nahen Osten, die Opfer von Pogromen und ethnischen Säuberungen wurden.

→ **Die Tagesspiegel-App** Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Analysen direkt auf Ihr Smartphone. Dazu die digitale Zeitung. Hier gratis herunterladen.

Die Ausstellung wurde am frühen Abend in Anwesenheit des israelischen Botschafters Ron Prosor eröffnet und ist bis einschließlich kommenden Dienstag in der Wandelhalle des Parlaments zu sehen. Anschließend wird sie etwa vier Wochen in der Gedenk- und

Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz gezeigt.

Von der Vergangenheit bis zur Gegenwart

Konkret geht es um die Geschichte von fünf jüdischen Gemeinden, die allesamt von ethnischen Säuberungen und Massenmord betroffen waren: Berlin (1938), Bagdad (Irak/1941), Kielce (Polen/1946), Aden (Jemen/1947) sowie Dörfer im Süden Israels, die am 7. Oktober 2023 von der Terrororganisation Hamas überfallen wurden.

Die Ausstellung besteht aus Installationen, Texten und Originalobjekten wie einem Chanukka-Leuchter aus Bagdad oder einem Armreif aus Aden. Konzipiert wurde sie vom National Holocaust Museum in London. Vor Berlin war sie in der britischen Hauptstadt und in Brüssel zu sehen. Die Texte sind auf Englisch. Bei Bedarf gibt es eine Broschüre mit Übersetzungen.

FU zeigte Ausstellung nicht

Ursprünglich war die Ausstellung dem Geschichtsinstitut der Freien Universität Berlin (FU) angeboten worden. Die FU-Leitung lehnte aber „nach sorgfältiger Prüfung“ ab, die Schau zu zeigen. Sie begründete das unter anderem mit auch mit der Befürchtung, dass die Ausstellung durch die Reihung der Novemberpogrome der Nazis mit vier weiteren Pogromen als „Relativierung der Schoah“ gelesen werden könne.

Parlamentspräsidentin Cornelia Seibeld hatte dies in der Plenumsitzung am 30. Januar als befremdlich kritisiert und angekündigt, die Schau kurzfristig im Abgeordnetenhaus zu zeigen. Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen und seiner Verbreitungsgeschichte kläre man nicht durch Verschweigen auf. (dpa)